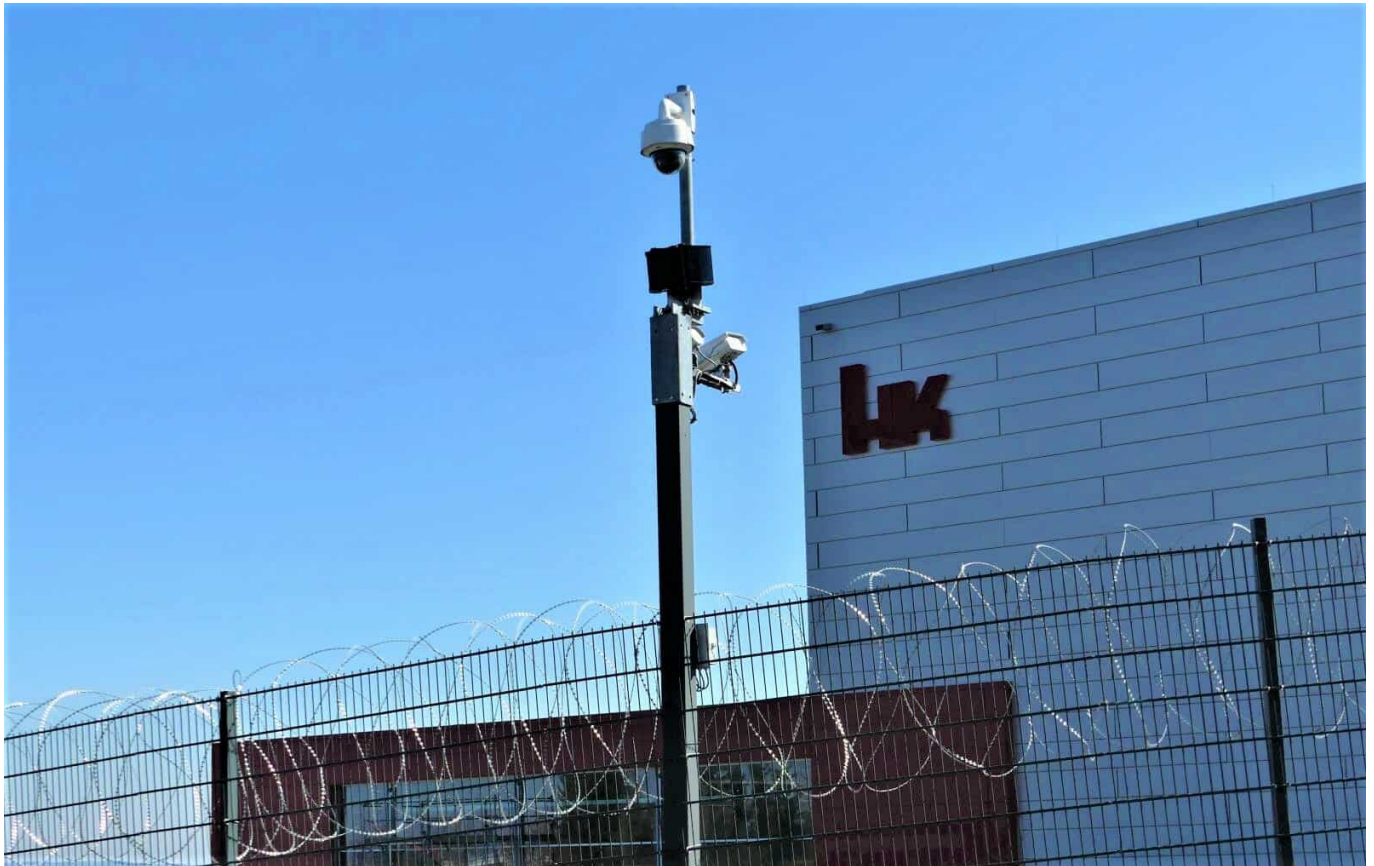


Heckler und Koch: Umsetzungen wegen Ukraine-Krieg

Martin Himmelheber (him)

9. März 2022



OBERNDORF (him) –Einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Oberndorfer Waffenherstellers Heckler und Koch haben am vergangenen Freitag von ihrer Umsetzung erfahren. Ab dieser Woche sollen sie nicht mehr in ihrer Abteilung – dem Beschuss, sondern in anderen Abteilungen arbeiten.

Unter anderem die „Stuttgarter Zeitung“ berichtete, dass es dabei um „Mitarbeiter mit russischen Namen“ gehe. Die Betroffenen seien fassungslos und sprächen von Diskriminierung.

Ein Sprecher von Heckler und Koch (HK) hat auf Nachfrage der NRWZ die „temporären Umsetzungen“ bestätigt. Grund sei der Angriffskrieg, den der russische Präsident Putin gegen die Ukraine führen lasse. „Dies hat auch für die Nato, Deutschland und unser Unternehmen erhebliche Konsequenzen für die Sicherheit.“

Sorge vor russischem Geheimdienst

Dieser Krieg habe das Sicherheitsbedürfnis auch von HK „als unverzichtbarer Ausrüster der Nato-Streitkräfte, insbesondere der Bundeswehr, deutlich erhöht“, so der Sprecher. Ein Kenner der Rüstungsindustrie weist im Gespräch mit der NRWZ darauf hin, dass russische Geheimdienste immer wieder versuchten, Mitarbeiter, die russisch sprechen oder Wurzeln in Russland haben, zu rekrutieren. „Da muss man genau hinschauen.“

Der HK-Sprecher deutet dies ebenfalls an. Er schreibt: „In Anbetracht der bedrohlichen Lage warnen die Sicherheitsdienste in Deutschland vor verstärkter äußerer Einflussnahme auf Mitarbeiter der Verteidigungsindustrie.“

Sieben oder acht Betroffene

Im Falle von HK geht es dem Vernehmen nach um sieben oder acht Beschäftigte. Diese arbeiteten nun nicht mehr in der besonders sicherheitssensiblen Abteilung „Beschuss“. Das Unternehmen betont, in Oberndorf arbeiteten 950 Menschen unterschiedlicher geografischer Herkunft und Wurzeln. Die Geschäftsführung habe eine Pflicht zur Fürsorge für die Mitarbeiter.

„Aus diesem Grund hat sie entschieden, Mitarbeiter aus dem sicherheitssensiblen Bereich des Beschusses für eine Zeit lang in andere Bereiche der Produktion einzugliedern. Mit dieser Maßnahme verfolgt Heckler & Koch das Ziel, unsere Mitarbeiter und ihre Familienangehörigen zu schützen.“ Über diese Maßnahme sei der Betriebsrat informiert.

„Keine Diskriminierung“

Dass diese Umsetzungen diskriminierend seien, waise das Unternehmen „auf das schärfste von uns. Bei uns arbeiten Kolleginnen und Kollegen aus mehr als 30 Nationen. Jeder einzelne von ihnen ist in unserem Unternehmen willkommen und wertgeschätzt.“ Das gelte auch für die temporär umgesetzten Mitarbeiter.

Bei ihnen handle es sich „um hochgeschätzte Kolleginnen und Kollegen unterschiedlicher nationaler Herkunft beziehungsweise Wurzeln, die seit vielen Jahren sehr integriert im Unternehmen sehr gute Arbeit leisten.“

IG-Metall: Kriterien vorher festlegen

Der für HK zuständige zweite Bevollmächtigte der IG Metall Freudenstadt, Georg Faigle, kann beide Seiten verstehen. Einerseits das Sicherheitsinteresse des Unternehmens, andererseits die betroffenen Mitarbeiter, die „unter Generalverdacht“ stünden.

Problematisch sei, dass es für solche Fälle bei Heckler und Koch keine mit dem Betriebsrat vereinbarte Vorgehensweise gibt. „Wenn es tatsächlich Gründe gibt, die eine Versetzung rechtfertigen, müssen diese Gründe dem Beschäftigten vorher bekannt sein. Am besten bei Eintritt ins Unternehmen“ so Faigle zur NRWZ.

Dass jetzt die betroffenen Mitarbeiter sich diskriminiert und unter Generalverdacht fühlen, sei absolut nachvollziehbar. „Sie haben sich nichts zu Schulden kommen lassen. Sie kommen teilweise aus NATO Staaten. Sie haben die deutsche Staatsbürgerschaft beziehungsweise haben sogar bei der Bundeswehr gedient.“

Die Maßnahme des Arbeitgebers sei nicht verhältnismäßig, findet der IG-Metallbevollmächtigte Faigle. Sie sollte zurückgenommen und mit dem Betriebsrat zusammen eine Regelung geschaffen werden.

Der HK-Sprecher versichert abschließend: „Für unser Unternehmen gilt, in diesen schwierigen Zeiten zusammenzuhalten, unser Geschäft zu sichern und unsere Mitarbeiter zu schützen.“